



Herr  
Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

HERBERT KICKL  
HERRENGASSE 7  
1010 WIEN  
TEL +43-1 53126-901000  
FAX +43-1 53126-2191  
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0501-III/1/b/2018

Wien, am 11. Oktober 2018

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Alma Zadic, Freundinnen und Freunde haben am 11. September 2018 unter der Zahl 1633/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kostentragung der Rechtsvertretung im Verfahren zu Gz 43 Cg 3D/18m gegen die Liste Peter Pilz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

*Frage 1:*

*Trägt das BMI die Vertretungskosten für die Klage vor dem HG Wien zu Gz 43 Cg 30/18m, in der Herbert Kickl als Bundesminister die Liste Peter Pilz klagt?*

Nein.

*Frage 2:*

*Falls ja: Wie hoch sind die bisher entstandenen Vertretungskosten im oben genannten Verfahren?*

Aufgrund der Beantwortung der Frage 1 entfällt die Beantwortung dieser Frage.

*Fragen:*

*3. Mit welchen Vertretungskosten wird im oben genannten Verfahren insgesamt gerechnet?*

*4. Wurde ein Detailbudget für das oben genannte Verfahren erstellt?*

*a) Wenn ja, wie lautet dieses?*

*b) Wenn nein, weshalb nicht?*

*5. Wer war in Ihrem Kabinett in die Entscheidungsfindung eingebunden, welche Rechtsanwaltssozietät bzw. welcher Rechtsanwalt oder welche Rechtsanwältin mit der Vertretung im oben genannten Verfahren betraut wird?*

*6. Wurde im Zuge dieser Entscheidungsfindung in Erwägung gezogen, dass Michael Rami seit 11. April 2018 Mitglied des VfGH ist, welcher gemäß VO-UA über Streitfragen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss BVT entscheidet, und deshalb aus der oben erwähnten Mandatserteilung ein Interessenskonflikt resultieren könnte?*

*a) Wenn ja, weshalb wurde dennoch die genannte Anwaltssozietät ausgewählt?*

*b) Wenn nein, weshalb nicht?*

*7. Wurde im Zuge dieser Entscheidungsfindung in Erwägung gezogen, dass Huberta Gheneff im parlamentarischen Untersuchungsausschuss BVT als Vertrauensperson von EGS-Beamten beigezogen wird und aus der oben erwähnten Mandatserteilung ein Interessenskonflikt resultieren könnte?*

*a) Wenn ja, weshalb wurde dennoch die genannte Anwaltssozietät ausgewählt?*

*b) Wenn nein, weshalb nicht?*

*8. Anhand welcher grundsätzlichen Kriterien wurde die Rechtsanwaltssozietät für das oben genannte Verfahren ausgewählt?*

*9. Von wem ging der Erstkontakt mit der Kanzlei Gheneff - Rami - Sommer Rechtsanwälte OG aus?*

*10. Welche Rechtsanwälte und/oder Rechtsanwältinnen der Gheneff - Rami - Sommer Rechtsanwälte OG sind konkret mit der Vertretung im oben genannten Verfahren betraut?*

*11. Wird die Gheneff - Rami - Sommer Rechtsanwälte OG zukünftig auch mit Ihrer rechtlichen Vertretung in anderen Verfahren betraut werden?*

Persönliche Klagen von Angehörigen des Bundesministeriums für Inneres, auch solcher der Ressortführung, sind nicht Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Inneres und unterliegen daher nicht dem Interpellationsrecht.

Herbert Kickl



